

## Frankreich

FLORENCE DELOCHE-GAUDEZ / CHRISTIAN LEQUESNE

Die Europapolitik Frankreichs war durch seinen Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU) während des zweiten Halbjahres 2000 gekennzeichnet und damit vor allem durch den Vertrag von Nizza und die Kritik, der die französische Präsidentschaft dafür ausgesetzt war. Der mäßige Erfolg, mit dem die Franzosen die endgültige Festlegung der institutionellen Reform beim Europäischen Rat in Nizza im Dezember 2000 betrieben, darf jedoch nicht die Entwicklung bestimmter Gemeinschaftspolitiken unter französischer Ägide überschatten und auch nicht die Fortschritte der Beitrittsverhandlungen. Die Aussichten auf die immer näher rückende Erweiterung ebenso wie auf die für 2004 anberaumte Regierungskonferenz haben die französischen Regierungsvertreter schließlich doch zu einer Debatte über die Zukunft der Union veranlasst.

### *Kritik am Vertrag von Nizza*

Als Präsident Jacques Chirac im Juli 2000 dem Europaparlament die Prioritäten der französischen Präsidentschaft erläuterte, erklärte er die Reform der Institutionen zu „einem der vorrangigen Ziele unserer Präsidentschaft“.<sup>1</sup> Eine derartige Aussage entsprach früheren Positionen Frankreichs, dessen Regierungsvertreter regelmäßig die Notwendigkeit einer Reform der Institutionen der Europäischen Union vor ihrer Erweiterung verteidigt hatten. Nur dies gewährleiste die Fähigkeit einer erweiterten Union, gemeinsame Entscheidungen zu treffen und somit auch den Weiterbestand eines Europas, das sich nicht auf eine simple Freihandelszone beschränke. Doch im Verlauf der Regierungskonferenz unter ihrer Präsidentschaft schienen die Abgesandten Frankreichs weniger um das gute Funktionieren einer erweiterten Union besorgt als um das Gewicht ihres Landes in den europäischen Institutionen.<sup>2</sup>

Überzeugendstes Beispiel hierfür ist die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung. In regelmäßigen Abständen wurde dies von den französischen Verantwortlichen als „für den Erfolg der Regierungskonferenz zentrale Frage“ bezeichnet, insbesondere vom Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten, Pierre Moscovici.<sup>3</sup> In einem größer werdenden Europa bedeute das Prinzip der Einstimmigkeit zunehmend ein Vetorecht für eine wachsende Zahl von Mitgliedstaaten, also erhöhtes Blockade-Risiko. Während der Diskussionen war die Haltung der Franzosen in der Tat ambivalent. Die vorrangige Präsidentschaftsaufgabe, Kompromisse in die Wege zu leiten, konnten sie nicht voll erfüllen. Zu lange hatten sie sich selbst dagegen gesperrt, dass Handelsabkommen über Dienstleistungen und

geistiges Eigentum mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet werden sollen.<sup>4</sup> Die Franzosen konnten deshalb schwerlich von Partnern mit ihrerseits „sensiblen“ Bereichen Konzessionen verlangen, zu denen sie selbst nur zögernd und mit diversen Ausnahmeregelungen bereit waren.

In Nizza räumten die französischen Regierungsvertreter einem anderen Thema Priorität auf der Tagesordnung ein, der „Neugewichtung“ der jedem Mitgliedstaat im Ministerrat zustehenden Stimmen. Wegen Inkohärenzen ihrer Position mussten die Vertreter Frankreichs tatsächlich ihr ganzes Gewicht in die Waagschale werfen, um sich in dieser Frage durchzusetzen. Sie zeigten keine Skrupel, gegenüber „kleinen“ Ländern einerseits und Deutschland andererseits ganz verschieden zu argumentieren und bei ersteren ein Gefühl mangelnder Rücksicht ihnen gegenüber zu nähren. Blicke es in einem erweiterten Europa beim gegenwärtigen Übergewicht der Länder mit den wenigsten Einwohnern, hoben die Franzosen hervor, könnten im Rat von koalierenden Ländern Beschlüsse gefasst werden, die nur eine schwache Mehrheit der europäischen Bevölkerung repräsentieren. Um dies zu vermeiden, sei es notwendig, die Stimmen zugunsten der bevölkerungsreichsten Staaten umzuverteilen. Die Logik dieser Argumentation hätte Deutschland zu einigen zusätzlichen Stimmen verholfen, da es deutlich mehr Einwohner als Frankreich hat. Aber aus historischen Erwägungen und erkennbar ohne vorherige Abstimmung mit den deutschen Partnern, lehnten die Franzosen jede „Abkoppelung“ von Deutschland ab. Möglicherweise wollte keiner der beiden Protagonisten der französischen Kohabitation – weder der gaullistische Staatspräsident noch der sozialistische Premierminister – sich der Kritik aussetzen, nicht die Interessen Frankreichs zu verfechten. Die neue Gewichtung der Stimmen im Rat stärkt eindeutig die bevölkerungsreichsten Länder, wobei 29 Stimmen Frankreich und Deutschland zustehen. Die Franzosen konnten jedoch nicht die Aufnahme einer „demographischen Klausel“ verhindern, welche Deutschland zusätzlich Gewicht verleihen könnte: auf Verlangen eines Mitglieds des Rates muss geprüft werden, ob die Stimmen einer qualifizierten Mehrheit „mindestens 62 Prozent der Gesamtbevölkerung der Union“ darstellen.

Die Erleichterung der Regelungen für die verstärkte Zusammenarbeit, die bestimmten Mitgliedern ein Voranschreiten erlaubt, kann teilweise den französischen Unterhändlern zugeschrieben werden. Wie von französischer Seite befürwortet,<sup>5</sup> bedarf es für eine verstärkte Zusammenarbeit nun nicht mehr der Hälfte der Mitglieder, sondern nur noch deren acht (was auch immer die Gesamtzahl sein mag); die einzelnen Mitgliedstaaten können eine solche Kooperation nun nicht mehr blockieren, zumindest nicht bei Politikbereichen der ersten und dritten Säule; solche der zweiten Säule können von nun an den Rahmen für solche Projekte bilden.

Bei der Zusammensetzung der Europäischen Kommission, verfochten die Franzosen weiter ihr Konzept einer Straffung. Ihrer Meinung nach kann künftig nur eine Kommission mit weniger Kommissaren als Mitgliedsländern kollegial und im gemeinsamen Interesse ihren Aufgaben gerecht werden. Eingedenk des schon bei der vorangegangenen Regierungskonferenz geäußerten Misstrauens „kleiner“ Länder schlugen die Franzosen gleichzeitig auch ein Rotationssystem vor. Im Übrigen betonten die französischen Verantwortlichen immer wieder ihre Bereitschaft, im

gemeinsamen Interesse auf zwei Kommissare zu verzichten. Die Länder mit geringerer Bevölkerung jedoch wollten alle ihren Kommissar behalten. Sie argumentierten, dass ein Vertreter pro Staat in der Kommission jedem Gehör verschaffe und eher gewährleiste, dass Beschlüsse die Empfindlichkeiten eines jeden berücksichtigen; eine Erhöhung der Anzahl von Kommissaren behindere keinesfalls Meinungsbildung und Entscheidungen im Sinne der Mehrheit der Mitglieder. Am Ende akzeptierten die Franzosen den Wunsch der Mehrheit nach einem Kommissar pro Mitgliedstaat, doch nur unter zwei Bedingungen: dass die Befugnisse des Präsidenten der Kommission gestärkt werden und nach Aufnahme des 27. Mitglieds stattdessen die andere Lösung, die Kombination von Begrenzung und Rotation der Kommissare, zum Tragen kommt. Dass darüber in einer Union aus 27 Mitgliedern Einstimmigkeit erzielt werden muss, weckt immerhin leise Zweifel.

Die Kritik am französischen Verhandlungsstil verteidigten die Verantwortlichen aller politischen Lager vehement. Das Argument, der Vertrag stelle „angesichts der bestehenden Zwänge das bestmögliche Übereinkommen“ dar, trifft wohl am besten zu.<sup>6</sup> Immerhin mussten sich die französischen Unterhändler mit einem wenig kompromissfreundlichen Klima auseinandersetzen, wie es beispielsweise angesichts des britischen Widerstands gegen eine Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidung entstanden war, sowie mit einer Agenda, die sie lieber auf weniger Punkte konzentriert hätten; doch aufgrund der Debatten nach der Rede Joschka Fischers mussten auch Themen behandelt werden, die nach französischer Überzeugung noch nicht reif dafür waren. Die Regierungsvertreter Frankreichs schienen sich insgesamt mit einer Strategie der Einflussnahme schwer zu tun, die Konsequenz, Verständnis für die Sorgen anderer (einschließlich „kleiner“ Länder) und Überzeugungswillen erfordert statt des Bemühens, nationale Standpunkte durchzusetzen.

#### *Die unbeachteten Fortschritte der französischen Präsidentschaft*

Neben den Ereignissen der Regierungskonferenz fast unbeachtet konnte Frankreich von Juli bis Dezember 2000 mehrere kompromissreife Verfahren zum Abschluss bringen und neue initiieren.<sup>7</sup>

Die beim Gipfel von Nizza verabschiedete Verpflichtung zur Bereitstellung militärischer Kapazitäten für Krisenmanagement und Konfliktprävention impliziert nicht den Aufbau einer europäischen Armee, sondern erlaubt gemeinsame militärische Operationen mit nationalen Kapazitäten im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).<sup>8</sup> Bis 2003 sollen zu diesem Zweck, entsprechend den Verpflichtungen der einzelnen Mitglieder, 100.000 Mann, 400 Kampfflugzeuge und 100 Kriegsschiffe kurzfristig zu mobilisieren sein. Diese verstärkte strategische Partnerschaft zwischen EU und NATO beim Krisenmanagement war kein französisches Anliegen, doch Paris fühlte sich einigen der Mitglieder, die diese wünschen, verpflichtet.

Zweitens gab die französische Präsidentschaft einem sozialen Europa neue Impulse. Dieses Thema bleibt heikel in einem Land, in dem die Angst vor dem Abbau staatlicher Fürsorge immer wieder politische Diskussionen auslöst. Nun sorgt die

Verabschiedung der Europäischen Sozialagenda fünf Jahre lang für ein umfangreiches Arbeitspensum in weiten Bereichen wie vor allem Arbeitsqualität, Kampf gegen alle Arten von Ausgrenzung und Diskriminierung, Modernisierung des sozialen Netzes, Förderung der Gleichberechtigung und soziale Schutzbestimmungen für die EU-Erweiterung. Zudem wurde in Nizza die europäische Charta der Grundrechte proklamiert, die unter anderem einige soziale Rechte beinhaltet. Auch über eine europäische Aktiengesellschaft konnte Einigung erzielt werden, nachdem dreißig Jahre lang verschiedene Vorstellungen über Mitbestimmung und Mitarbeiterbeteiligung jeden Fortschritt blockiert hatten.

Der dritte Erfolg besteht in den mühsam ausgehandelten Regelungen für so sensible Bereiche wie Lebensmittelsicherheit und Gewässerschutz. Die Diskussion um die BSE-Krise führte zur Annahme eines Großteils der Anträge der französischen Präsidentschaft bezüglich des Verbots von Tiermehl in Erwartung wissenschaftlicher Ergebnisse, Rückruf von Risikostoffen oder Ausweitung von Tests. In Nizza haben sich die EU-15 endlich prinzipiell für eine europäische Lebensmittelbehörde „mit höchstem wissenschaftlichen Niveau, völliger Unabhängigkeit und Transparenz“ stark gemacht. Zur Sicherheit der Meere haben die Verkehrsminister im Dezember 2000 – aufgrund der französischen Vorschläge – ein Maßnahmen-Paket verabschiedet, das verstärkte Kontrollen und Haftbarkeit für Klassifikationsinstitute, das Fernhalten der gefährlichsten Schiffe von Europas Küsten sowie das schrittweise Ausmustern von Schiffen mit einfachem Rumpf vorsieht.

Dass diese Fortschritte nur zu oft von der Reform der europäischen Institutionen überdeckt wurden ist bedauerlich, da die konkreten Auswirkungen der Gemeinschaftspolitiken auf den Alltag der Bürger die Schaffung Europas noch immer stärker legitimiert haben als institutionelle Reformen, die naturgemäß schwerer verständlich sind.<sup>9</sup>

### *Wenig problematische Beitrittsverhandlungen*

Paradoxerweise haben die Beitrittsverhandlungen der französischen Präsidentschaft weniger Probleme bereitet als die Regierungskonferenz, obwohl Frankreich in Bezug auf die Erweiterung oft als reserviert gilt. Allerdings stehen den Franzosen die für sie heikelsten Diskussionen noch bevor, vor allem beim Kapitel Landwirtschaft.

Während ihrer Präsidentschaft sorgten die Franzosen demonstrativ für einen zügigen Fortgang der Beitrittsverhandlungen, ließen jedoch keineswegs Frankreichs alt bekannten Vorbehalt außer Acht, dieser Prozess müsse „unter Kontrolle“ bleiben. Hatte die französische Präsidentschaft ursprünglich nur einen „Gesamtüberblick“ über die Verhandlungen vorgesehen, griff sie am Ende sogar den von der Kommission im November 2000 mit dem „Strategiepapier für die Erweiterung“ vorgelegten Terminplan wieder auf. Andererseits interpretierte eine dann am 4. Dezember 2000 vom Rat für Allgemeine Angelegenheiten gut geheißene, vorsichtiger Veröffentlichung der französischen Präsidentschaft den eigenen „Fahrplan“ für die anderen Mitglieder als „sanften, richtungweisenden Rahmen,“ der weder

dazu verpflichte, ein Kapitel zum vorgesehenen Termin zu schließen, noch verhindern, dass „die besser vorbereiteten Kandidaten die Verhandlungen schneller fortführen“.<sup>10</sup>

Die Franzosen verfechten auch das Konzept „globaler“ Verhandlungen, das sie so zusammen fassen: es gibt keine Einigung, solange man sich nicht über alles einig ist.<sup>11</sup> Die Formulierung anlässlich der Sitzung des Europäischen Rates in Göteborg, dass „Übereinkünfte, auch in Teilbereichen, die im Verlauf der Verhandlungen erzielt werden, nicht als endgültig betrachtet werden können, bevor eine Gesamtvereinbarung erreicht wird,“ entspricht also einer französischen Forderung. Ein solches Prinzip habe zwei Vorteile: einerseits erlaube es, ein „vorläufig geschlossenes“ Kapitel wieder zu öffnen, wenn sich herausstellt, dass der Beitrittskandidat seiner Selbstverpflichtung nicht nachkommt; andererseits könnten die ausgehandelten Kompromisse, die bestimmte Mitgliedsländer zufrieden stellen, wieder in Frage gestellt werden, wenn andere nicht auf ihre Kosten kommen – im Klartext: die von den Deutschen geforderte Vereinbarung einer Übergangsfrist für den freien Personenverkehr bleibt nach Meinung der Franzosen einer befriedigenden Lösung im Agrarbereich nachgeordnet.<sup>12</sup>

Der Abschluss des Kapitels „Freier Personenverkehr“ unter schwedischer Präsidentschaft bot einmal mehr Anlass für die bereits klassische Mixtur aus Solidarität und Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland. Auf der einen Seite berücksichtigen die Franzosen die besondere Situation Deutschlands, seinen Platz „in der ersten Reihe“ seit der Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal. Gleichzeitig betont Paris, das Migrationsrisiko bleibe ungewiss, und die neuen Mitglieder müssten so schnell wie möglich von den Grundfreiheiten des gemeinsamen Markts profitieren können. Man gab sich jedoch schließlich mit dem erzielten Kompromiss zufrieden. Entgegen der deutschen Forderung nach sieben Jahren wurden fünf als Übergangsfrist festgesetzt, die in doppelter Hinsicht flexibel ist. Entweder kann sie zwei Jahre nach dem Beitritt revidiert werden oder die Staaten können sie auf Wunsch um zwei Jahre verlängern lassen.

Schließlich löste die von Spanien versuchte „Erpressung“ echte deutsch-französische Solidarität aus. Mit der Drohung, sich einer Einigung über den freien Personenverkehr zu widersetzen, wollten die Spanier Garantien über die Höhe des Strukturfonds erreichen, um in einer vergrößerten Union weiterhin davon zu profitieren. Franzosen und Deutsche lehnten eine derartige Vorwegnahme finanzieller Konsequenzen der Erweiterung unter Hinweis auf die anstehende Finanzreform ab.<sup>13</sup>

#### *Die Debatte über die Zukunft der Europäischen Union*

Die Zukunft der Union wird in Frankreich erst seit Nizza intensiv diskutiert. Im Sinne einer Erklärung im Anhang des Vertrags von Nizza riefen Präsident und Premierminister eine Reihe von Europa-Experten wie Guy Braibant oder Jean-Louis Quermonne dazu auf, landesweit – nicht nur in der Hauptstadt – mit der Zivilgesellschaft in den Dialog über die 2004 fällige Reform zu treten. Wie schon 1994 die Thesen von Wolfgang Schäuble und Karl Lamers die politische und intellektuelle

tuelle Klasse fasziniert hatten, fand Joschka Fischers Rede vom 12. Mai 2000 an der Berliner Humboldt-Universität in Frankreich ein starkes Echo. Die Reaktion von Präsident Jacques Chirac ließ nicht lange auf sich warten. Am 27. Juni hielt er eine – unbestreitbar vorsichtige – Rede vor dem deutschen Bundestag. Premierminister Lionel Jospin nahm sich mehr Zeit – bis zu seiner ausführlichen Rede über die Zukunft des erweiterten Europas am 28. Mai 2001.<sup>14</sup> Jospins langes Zögern wie Chiracs Vorsicht lassen sich damit erklären, dass in Frankreich das Thema Europa nach wie vor Rechte und Linke spaltet. Bei jeder Aussage zu Europa müssen beide Kandidaten für die Präsidentschaftswahl 2002 äußerste Vorsicht walten lassen. Aber beider Haltung hängt mit strukturellen Motiven zusammen: Frankreich hat stets versucht, den Nutzen aus den Gemeinschaftspolitiken zu maximieren, die politischen und institutionellen Kosten jedoch so weit wie möglich zu minimieren.<sup>15</sup> In Frankreich werden immer wieder verschiedene Aspekte der Zukunft der Union diskutiert, die sich nur schwer in wenigen Worten komprimieren lassen. Drei besonders wichtige sind die künftige Verfassung Europas, der Föderalismus und die Differenzierung.

Erst seit dem Jahr 2000 diskutieren Franzosen wirklich über eine europäische Verfassung. Die Verantwortlichen der Rechten wie der Linken sind nun bereit, einen verbindlichen Text zu akzeptieren, der mehr sein soll als ein Vertrag – ohne allerdings dessen Inhalt oder die Organisation einer verfassungsgebenden Instanz sehr klar zu definieren. Sowohl Jacques Chirac als auch Lionel Jospin haben ihre grundsätzliche Aufgeschlossenheit erklärt.<sup>16</sup> Vor dem Bundestag sprach Präsident Chirac schon Monate vor dem Vertrag von Nizza von einem „Text, den wir als erste europäische Verfassung verankern könnten“, der den krönenden Abschluss der Reform von Zuständigkeiten bilden sowie die Charta der Grundrechte und die Anpassung der Funktionen der drei höchsten Institutionen an veränderte Gegebenheiten widerspiegeln würde. In jener Rede stellte der Staatspräsident den Grundrechtskonvent als Vorbild dar. Der Premierminister griff seinerseits eben diese Idee auf, sah einen Konvent allerdings als Organ zur Vorbereitung von endgültigen Entscheidungen, welche die Staaten treffen und die Völker ratifizieren müssten. In diesem Punkt scheinen keine wesentlichen Differenzen zwischen Jacques Chirac und Lionel Jospin zu bestehen. Die Berufung auf einen zweigeteilten Prozess – Konvent als Vertretung der Bürger und ihrer Repräsentanten, danach Regierungskonferenz als Vertretung der Staaten – zeigt, dass die Vorstellung von einer doppelt legitimierten Europäischen Union in Frankreich auf dem Vormarsch ist. Diese Entwicklung ist ohne jeden Zweifel Ergebnis des positiven Eindrucks, den die redaktionelle Arbeit des Grundrechtskonvents hinterlassen hat, der zu Beginn in Frankreich sehr reserviert wahrgenommen wurde.

Das Thema Föderalismus wird in einem Klima diskutiert, das lange von wenig mehr als ungenauen Begriffen oder Karikaturen geprägt war. Während Chirac vor dem Bundestag nicht von Föderalismus sprach, griff Jospin in seiner Rede die Kompromissformel von Jacques Delors auf, die Europäische Union sei zu einer „Föderation von Nationalstaaten“ berufen.<sup>17</sup> Hinter diesem von rechts wie links allgemein übernommenen Begriff zeichnet sich das Modell einer Union ab, die sich

nach Jospins eigenen Worten auf der „konstruktiven Spannung“ zwischen der Gemeinschaftsmethode und der Regierungszusammenarbeit gründen muss. Doch hierbei lehnen Chirac wie Jospin die Rückführung bestimmter Gemeinschaftspolitiken in nationale Zuständigkeit ab, was die SPD im April 2001 vorschlug, und besonders die der gemeinsamen Agrarpolitik, während die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik Sache der Regierungen bleiben soll. Übrigens ist es interessant, dass beim deutsch-französischen Meinungsaustausch nach Nizza nicht stärker gefordert wurde, Frankreich möge sich in Zukunft erkennbarer für die Vergemeinschaftung der ESVP einsetzen.

Wenig positives Echo fand in Frankreich der häufig von deutschen Bundesländern ausgehende Vorschlag eines Katalogs von Zuständigkeiten, was eine vertikale Neuordnung von Kompetenzen der verschiedenen Regierungsebenen innerhalb der Union impliziert. In der Frage horizontaler Kompetenzverteilung zeigt die Debatte in Frankreich eher weitgehenden Konsens zwischen Präsident und Premierminister, die gegenwärtige institutionelle Dreiteilung von Kommission, Rat und Parlament beizubehalten. Im Vergleich zur Debatte in Deutschland besteht Frankreich beharrlich auf einer Reform des Ministerrats, um ihn effektiver zu machen; er soll jedoch weiter aus Regierungsvertretern bestehen, statt nach den Vorschlägen der SPD in eine zweite Parlamentskammer transformiert zu werden.

Das dritte Thema, die Förderung von Differenzierung im Rahmen einer erweiterten Union, trifft auf die französische – manchmal sehr ambivalente – Sorge, das Projekt eines mächtigen Europas aufzugeben. Im Rahmen der französischen Präsidentschaft schlug sich dies in dem Bemühen nieder, die Mechanismen verstärkter Zusammenarbeit, im Vertrag von Amsterdam angelegt, effektiver zu gestalten. Jacques Chirac sprach vor dem Bundestag von der Notwendigkeit, eine „Gruppe von Pionieren“ zu bilden, die sich den Verfahren für verstärkte Zusammenarbeit widmen, aber auch, „wenn nötig, Kooperationen außerhalb des Vertrags“ eingehen soll. Lionel Jospin wiederum betonte in seinem Beitrag, der Mechanismus verstärkter Zusammenarbeit müsse es „einer Gruppe von Staaten erlauben, erneut die Begeisterungsfähigkeit zu wecken, die schon immer unerlässlich für die Schaffung Europas gewesen ist“, wobei er die Perspektive eines Europas mit zweierlei Geschwindigkeiten ausschloss. In Frankreich ist also seit dem Gipfel von Nizza ein Optimismus zu beobachten, man könne nun den Mechanismus verstärkter Zusammenarbeit nutzen. Die Rehabilitation dieses Konzepts scheint einigen französischen Verfechtern des Differenzierungsgedankens nicht ausreichend. In Anlehnung an Jacques Delors' Idee einer hierarchischen Avantgarde haben einige der Sozialistischen Partei nahe stehende, pro-europäische Persönlichkeiten, darunter auch Kommissar Pascal Lamy, die Notwendigkeit unterstrichen, „eine vereinte Truppe“ zu bilden, eine „eine Einheit mit weit engeren Beziehungen untereinander“ als bei einfacher Bündelung verschiedener Maßnahmen verstärkter Zusammenarbeit.<sup>18</sup> Abgesehen davon, dass eine solche „vereinte Truppe“ eine neue Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland implizieren dürfte, wird nicht geklärt, welche Länder und welche Politiken auf diese Weise neu gruppiert werden sollen. Diese Vorstellung scheint die Nostalgie gewisser bekennender Europäer zu nähren,

die einer Union mit einer begrenzten Anzahl von Mitgliedstaaten und der deutsch-französischer Achse zu Zeiten des Kalten Krieges nachtrauern. Aus politischer Sicht muss sich diese Einstellung auf die künftige Europa-Debatte in Frankreich auswirken. Es besteht sogar die Gefahr, dass neben den Verfechtern größerer Souveränität auf der Rechten wie Linken eine weitere Gruppe Unzufriedener entsteht, die der „Europäer“, die einer Erweiterung skeptisch gegenüber stehen.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Französischen von Edda Pinto, Dipl. Übersetzerin, Lisa's Office, München.

- 1 Jacques Chiracs Vorstellung des Programms für die französische Präsidentschaft vor dem Europäischen Parlament am 4. Juli 2000 (wenn nicht anders angegeben, sind die Erklärungen der französischen Vertreter im Internet nachzulesen unter <http://www.doc.diplomatie.fr>).
- 2 Deloche-Gaudez, Florence: Nice ou l'impréparation française, in: *Le Figaro*, 28. Dezember 2000.
- 3 Pierre Moscovici, Pressekonferenz vom 23. Oktober 2000.
- 4 Ebenda.
- 5 Hubert Védrine, Treffen mit europäischen Pressevertretern am 25. Oktober 2000.
- 6 Jacques Chirac, Rede vom 12. Dezember 2000 vor dem Europaparlament; siehe auch Bericht der Europadelegation an die Nationalversammlung, *Présidence française: échec ou réussite?*, Nr. 2905, 2001; <http://www.assemblee-nationale.fr>.
- 7 Eine „offizielle“ Bilanz der französischen Präsidentschaft ist zu finden unter <http://www.presidence-europe.fr>.
- 8 Howorth, Jolyon: *L'intégration européenne et la défense: l'ultime défi*, Paris, Institut d'Etudes de Sécurité de l'UEO, 2000.
- 9 Dehousse, Renaud: Rediscovering functionalism, in: Joerges, Christian; Yves Mény; J.H.H. Weiler: *What Kind of Constitution for what kind of Polity?*, Florenz, Robert-Schuman-Zentrum der Europa-Universität, 2000, S. 195-202.
- 10 Ebenda; *Agence Europe*, 4./5.12.2000, Nr. 7855.
- 11 Lionel Jospin, Pressekonferenz anlässlich des Europäischen Rates von Göteborg, 16. Juni 2001.
- 12 Desgleichen lehnten die Franzosen die von anderen Mitgliedern vorgeschlagene Möglichkeit von Übergangsfristen für die Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen in neu beigetretenen Ländern ab, mit der Maßgabe, man könne im Lichte der Ergebnisse der Verhandlungen im landwirtschaftlichen Bereich später darauf zurück kommen.
- 13 *Agence Europe*, 19.05.2001, Nr. 7968.
- 14 Beide Reden sind nachzulesen auf der Homepage des Außenministeriums, [http://www.diplomatie.fr/avenir/page\\_05.html](http://www.diplomatie.fr/avenir/page_05.html).
- 15 Mény, Yves: *Le train Bruxelles-Berlin ne passe pas par Paris...*, in: *Le Monde*, 10. Mai 2001.
- 16 Mehrere führende Politiker haben sich hierzu geäußert, so etwa Alain Juppé und Jacques Toubon im inneren Zirkel der Gaullisten, oder auch François Bayrou (UDF) gemeinsam mit Daniel Cohn-Bendit (Grüne).
- 17 Zum Begriff „Föderation von Nationalstaaten“, siehe auch die Ausführungen Außenminister Védrines vor dem Europa-Ausschuss des deutschen Bundestages am 9. Mai 2001.
- 18 Jeanneney, Jean-Noël; Pascal Lamy; Henri Nallet; Dominique Strauss-Kahn: *Europe: pour aller plus loin*, in: *Le Monde*, 20. Juni 2001.

### Weiterführende Literatur

- Deloche-Gaudez, Florence: *France*, in: *Enlargement/Agenda 2000*, Watch Nr 3/2000, November 2000 (<http://www.tepsa.be>).
- Goulard, Sylvie: *Nizza: quinze mariés et un enterrement*, in: *Critique Internationale*, Nr. 11, April 2001, S. 25-35.
- Lequesne, Christian: *La présidence française de l'Union européenne: une réponse terne au défi de l'élargissement*, in: *Annuaire Français de Relations Internationales*, 2001, S. 473-477.
- L'Union après Nizza*, Sonderheft der Zeitschrift *Politique Etrangère*, Sommer 2001.